

Kantonsrat**KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 26. Januar 2026
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

P 660 Postulat Bolliger Roman und Mit. über Nothilfe an die ukrainische Bevölkerung / Finanzdepartement

Das Postulat P 660 wurde auf die Januar-Session hin dringlich eingereicht.
Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.
Roman Bolliger hält an der Dringlichkeit fest.

Roman Bolliger: In der Ukraine ist es derzeit äusserst kalt und nächste Woche sind nochmals tiefere Temperaturen vorhergesagt. Die russischen Angreifer zerstören die Wärme- und Stromversorgung und greifen die Bevölkerung direkt an. Unabhängig davon, ob Sie für oder gegen Nothilfe sind, braucht es jetzt einen Entscheid dazu.

Marcel Lingg: So hart es auch klingen mag, aber das ist ein Dauerzustand. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine geht in den vierten Winter. Ebenso lange dauert das Leid der ukrainischen Bevölkerung durch all diese russische Terrorangriffe. Man hätte bereits vor einem Jahr über Nothilfe sprechen können. Genauso gut kann man auch in zwei bis vier Monaten über Nothilfe an die ukrainische Bevölkerung sprechen. Ob unser Rat heute dringlich oder bald im ordentlichen Verfahren über die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs diskutiert, ist letztendlich nicht entscheidend, wie gut es der ukrainischen Bevölkerung geht. Abgesehen davon, der Einfluss unseres Parlaments ist in diesem globalen Umfeld sehr marginal und eher nur symbolisch. Aus diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion die dringliche Behandlung ab.

Roman Bolliger: Die Lage ist nicht so, wie eben von Marcel Lingg dargestellt. Es ist der kälteste Winter seit Kriegsbeginn und die Infrastruktur wurde noch nie in diesem Mass zerstört. Es ist eine andere Situation als zuvor.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Situation in der Ukraine mit dem russischen Angriffskrieg ist tatsächlich sehr beunruhigend und für die Bevölkerung äusserst schwierig. Sie wissen aber auch, dass wir den Voranschlag genehmigt haben. Darin sind keine Mittel für eine entsprechende Hilfe vorgesehen. Wenn Sie die Regierung beauftragen wollen, dann braucht es das ordentliche Verfahren mit einem entsprechenden Kreditbegehren, bevor wir eine Summe in dieser Grössenordnung auszahlen können, wie Sie sich das vermutlich vorstellen. Deshalb ist es aufgrund der Verfahrensabläufe nicht möglich, eine entsprechende Summe innert nützlicher Frist zu genehmigen. Ich bitte Sie deshalb, sich auf das ordentliche Verfahren zu konzentrieren und die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 85 zu 29 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.